AUSGABE
06
2025

Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben derzeit viele schweißtreibende Tage – und das liegt nicht nur am Hochsommer. Wie intensiv der zurückliegende Monat war, mag allein die Nennung meiner jüngsten Reisestationen veranschaulichen: Berlin, Frankfurt, Washington, Lombardei. Auf der Agenda: Transatlantische Energiekooperation, Elektro- und Digitalindustrie, Bundesfachkommission der Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie außenpolitische Leitlinien der neuen Bundesregierung.

Daheim im Südkreis wurde die thematische Breite noch getoppt bei der Bürgersprechstunde, beim Besuch bei einem Multitechnologieunternehmen oder bei der Verabschiedung „meines“ Stipendiaten in sein Austauschjahr in die USA.

Sehr erfreulich für mich im Juni: Ich bin von meiner Fraktion zum Obmann und stellvertretenden Sprecher im Wirtschaftsausschuss gewählt worden, und ich durfte zwei weitere Reden im Bundestag halten.

Das alles und mehr lesen Sie im Folgenden. Viel Spaß dabei!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener

Neue Wahlperiode, neue Aufgaben

Neue Verantwortung im Wirtschaftsausschuss

Die neue Wahlperiode hat nicht nur personell für jede Menge Fluktuation gesorgt, auch die Aufgaben ändern sich. Bisher habe ich als Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft, Finanzen und Umwelt gearbeitet. In diesem Monat, in dem der Wirtschaftsausschuss nun seine Arbeit aufgenommen hat, haben mich die Abgeordneten unserer Fraktion zum stellvertretenden Sprecher und sogenannten Obmann im Ausschuss für Wirtschaft und Energie gewählt.

Mein Fokus liegt nun ganz auf dieser neuen Verantwortung, die das Amt mitbringt. In erster Linie geht es dabei um die Abstimmung der Themen und Organisation im Wirtschaftsausschuss mit der SPD als unserem Koalitionspartner. Die Mehrheiten müssen hier gesichert werden, und wir stimmen uns ab, welche Tagesordnungspunkte im Ausschuss besprochen werden und wie Verfahrensregeln gestaltet werden können, um ein möglichst effizientes Arbeiten in diesem inhaltlich so wichtigen Gremium zu erreichen.

Aber auch die inhaltliche Aufgabe im Ausschuss ist gewichtiger geworden: So werde ich mich in den nächsten vier Jahren weiterhin um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kümmern, jedoch auch zentrale wirtschafts- und energiepolitische Themen wie den Außenhandel, Lieferketten, das Strommarktdesign und das Kartellrecht verantworten. Als stellvertretender Sprecher ist dabei die Vertretung der deutschen Regierungsposition von zentraler Bedeutung, weshalb ich in der vorletzten Woche bereits in Washington D.C. als Redner beim Global Energy Forum, einer der größten Energiekonferenzen weltweit, war und den globalen Energie- und Wirtschaftsvertretern die deutschen Pläne für eine sichere, saubere und bezahlbare Energiepolitik aufgezeigt habe. Mehr dazu auch auf Seite 4 dieses Newsletters.

BERLIN

Treffen mit dem ZVEI-Präsidium

Jetzt wo es in Berlin endlich so richtig mit der Gesetzgebung losgeht, folgte ich gerne der Einladung des Verbands der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI), um mich mit dem engeren Vorstand über die politischen Rahmenbedingungen auszutauschen. Für die Branche, die ein großer Treiber der Elektrifizierung unseres Wirtschaftssystems ist, sind die hohen Energiepreise eine enorme Belastung. Wir müssen hier handeln, ansonsten nehmen die Unternehmen immer mehr Investitionen im Ausland vor. Lösungsansätze liegen bereits auf dem Tisch: Wir wollen u.a. die Gasspeicherumlage abschaffen, die Netzentgelte reduzieren und die Stromsteuer für möglichst viele absenken.

MIT Kommission Wirtschaft

Auch diesen Monat tagte wieder die MIT Bundesfachkommission Wirtschaft. Dieses Mal diskutierten wir einige unserer erarbeitenden Papiere. Themen waren u.a. ein Sofortprogramm für Mittelstand und Handwerk, die Potenziale digitaler Währungen sowie die Ausgestaltung bzw. kosteneffiziente Nutzung der freigesetzten Mittel im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur“.

Reden im Plenum

In diesem Monat war es wieder soweit: Die ersten Reden der 21. Wahlperiode standen auf dem Programm. Auch wenn ich in meiner letzten Legislaturperiode bereits einige Male ans Rednerpult treten durfte, bleibt es doch jedes Mal aufs Neue ein besonderes Gefühl eine Rede im Hohen Hause zu halten.

Die erste Rede (hier klicken) dieser Legislatur fand statt zu einem Antrag der AfD zur Aufhebung des Lieferkettengesetzes. Klar ist: Das Lieferkettengesetz ist in seiner jetzigen Form ein wahres Bürokratiemonster. Dennoch haben wir den AfD-Antrag abgelehnt, da wir in Einklang mit der EU-Richtlinie ein Gesetz verabschieden werden, dass zwar die Unternehmensverantwortung in den Blick nimmt, dies aber möglichst bürokratiearm umsetzt.

Des Weiteren sprach ich zu einem Antrag der Grünen (hier klicken), der forderte, das eingefrorene russische Staatsvermögen der Ukraine vollumfänglich zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich ist eine rechtssichere Übertragung von russischen Vermögenswerten an die Ukraine, v.a. zu deren Verteidigung und Wiederaufbau, unterstützenswert. Allerdings kann weder Deutschland noch Europa solch einen Schritt im Alleingang vollziehen. Es handelt sich hierbei um ein rechtlich äußerst sensibles Manöver und dabei müssen jegliche negative Auswirkungen auf das Vertrauen in die Rechtssicherheit am Finanzplatz Europa vermieden werden.

Beiträge zur aktuellen US-Finanzpolitik

Der aktuelle Umgang des US-amerikanischen Präsidents Donald Trump mit der US-Notenbank bereitet mir große Sorgen. Dazu konnte ich sowohl in der Börsenzeitung (hier klicken) als auch im Rahmen eines Interviews mit der Wirtschaftswoche (hier klicken) meine Gedanken einbringen. Auslöser sind die mitunter starken Provozierungen Trumps hinsichtlich des US-Notenbankchefs Jerome Powell als „Loser“ oder „Mr. Too Late“. Das Ziel Trumps ist es – auf sehr direkte Art und Weise – die Notenbank dazu zu bewegen, die Zinsen schneller und stärker zu senken als dies bislang geschieht, um die Folgen seiner Zollpolitik zu kaschieren. Dieser Trump’sche Weg ist gefährlich, denn er greift die Unabhängigkeit von Zentralbanken an. Entsteht das Gefühl, die Notenbank trifft Entscheidungen auf politischer und nicht ökonomischer Basis, untergräbt dies deren Glaubwürdigkeit massiv. Und geht diese verloren, steigen die Inflationserwartungen – es tritt also genau der gegenteilige Effekt ein.

Vortrag beim Papier- und Kunststoffverband

Gerne nahm ich die Einladung des Verbands zur Papier- und Kunststoffverarbeitung wahr, auf deren Jahrestagung einen Impulsvortrag zur Zukunft des Mittelstandes zu halten. Der deutsche Mittelstand ist unser Wohlstandsgarant und verantwortlich für viele gut bezahlte Arbeitsplätze. In den letzten Jahren sind die Belastungen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen jedoch kontinuierlich gewachsen: hohe Energiepreise, zu viel Regulierung und die Schwierigkeit, Arbeits- und Fachkräfte zu finden. Wir müssen für den Mittelstand nun endlich wieder Rahmenbedingungen schaffen, die unternehmensfreundlich sind und Anreize zu Innovationen und Investitionen setzen. Das letzte Woche verabschiedete Investitionssofortprogramm ist dafür ein guter Start.

Zwischen Rhein und Spree
Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

WAHLKREIS

In den Medien

Wirtschaftswoche:
„Trump schneidet sich gleich mehrfach ins eigene Fleisch“
Hier den Artikel lesen.

RBB 24 Inforadio:
Wiener: „Erleben wirtschafts-politischen Neustart"
Hier den Artikel lesen.

Rheinische Post:
Bürger fragen,
Klaus Wiener antwortet
Hier den Artikel lesen.

Supertipp:
Klaus Wiener organisiert Wirtschaftsausschuss
Hier den Artikel lesen.

Lokal Anzeiger Erkrath:
Als Wirtschaftsexperte beim Global Energy Forum
Hier den Artikel lesen.

„Patenkind“ Paul geht gen USA

Deutsch-Amerikanische Aufbruchstimmung – nicht nur im Weißen Haus, sondern auch im Südkreis: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms geht demnächst der Langenfelder Schüler Paul Kuypers für ein Jahr lang in die USA. Als sein „Pate“ traf ich ihn vorher noch zu einem persönlichen Austausch über sein künftiges Gastland. Auf ein tolles Jahr in den Staaten, Paul!

Barrierefrei nach Berlin oder Bildungsreise „inklusiv“

Aus dem Südkreis durch die Hauptstadt – jetzt auch barrierefrei. Unsere dritte politische Bildungsreise des Jahres war zugleich die erste „inklusive“. Das heißt, es nahmen auch Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen daran teil, was mich besonders gefreut hat! Dass das nahezu reibungslos funktionierte, lag neben der Unterstützung von Bahn, Hotel und Ordnungskräften auch an tatkräftiger Mithilfe der mitreisenden Jugendgruppen von THW Haan und Johannitern. Herzlichen Dank an alle Beteiligten für diese besondere Tour!

Treffpunkt Dorffest Gruiten

Wohl kaum irgendwo im Kreis wird der Begriff „Dorffest“ so buchstäblich umgesetzt, wie in Gruiten. So auch diesmal: Nach einem Gottesdienst mit Posaunenchor gab es in netter Runde Kaffee und Kuchen. Wie immer beeindruckend, das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer, allen voran Joachim Raitor, der als Vorsitzender des „Dorffest“-Vereins seit 44 (!) Jahren die Verantwortung für die Organisation dieser tollen Veranstaltung hat – mit ungebrochenem Erfolg!

Multitechnologie Made in Hilden

Spannende Standortbesichtigung bei einem der größten Arbeitgeber im Südkreis: Das weltweit agierende Multitechnologieunternehmen 3M betreibt in Hilden seine größte Produktionsstätte in Europa. Hier bekam ich nicht nur genaue Einblicke in seine hochmodernen Fertigungsanlagen, sondern vor allem auch in die speziellen Herausforderungen, die ein Konzern dieser Größenordnung hierzulande hat. Hier für deutliche Verbesserungen zu sorgen, ist Anspruch unserer neuen unionsgeführten Regierung.

Energieangebot sicher, sauber und bezahlbar machen!

Neben der Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheit unseres Landes gehört die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Leider haben wir in den letzten Jahren enorm an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, in den letzten drei Jahren sogar mit erhöhter Geschwindigkeit. Hinzu kommt, dass Deutschland ein massives Kostenproblem hat. Zu Buche schlagen hier z. B. der stark gestiegene Erfüllungsaufwand bei Einhaltung der regulatorischen Vorgaben oder die massiv gestiegenen Lohnnebenkosten. Ein weiterhin drängendes Problem sind aber auch die Energiekosten. Zwar haben sich die Preise für Gas und Strom von den Spitzenwerten im Hochpunkt der Energiekrise 2022/23 wieder deutlich entfernt. Im internationalen Vergleich sind die Energiekosten für unsere Unternehmen und Haushalte aber immer noch zu hoch.

Entlastung für alle

Vor diesem Hintergrund freut mich sehr, dass die neue Bundesregierung einen Fokus auf die Reduzierung der Energiepreise gelegt hat. Kurzfristig heißt dies: Die staatlichen Komponenten in den Gesamtpreisen für Energie werden deutlich abgesenkt, indem die Gasspeicherumlage komplett gestrichen wird (Entlastung: 3,4 Mrd. €) und die Netzentgelte deutlich gesenkt werden (Entlastung: 6,5 Mrd. €) Auch die Stromsteuer soll sinken, idealerweise für alle Verbraucher. Ob dies in dem Maße gelingt, wie zunächst gehofft, hängt auch von den fiskalischen Möglichkeiten ab. Aber selbst wenn die Stromsteuer nur für die energieintensiven Industrien zurückgenommen würde; gemessen am Endkundenpreis werden aus den oben genannten Gründen alle Verbraucher eine spürbare Entlastung erfahren.

Das Energieangebot muss steigen

All diese Maßnahmen können kurzfristig helfen. Sie kosten dem Staat - also uns allen - aber viel Geld, so dass sie auf Dauer nicht der Königsweg sein können. Entscheidend für die Entwicklung des Preisniveaus wird mittel- und langfristig vor allem das Energieangebot sein. Hier müssen wir rasch handeln, um eine nachhaltige Besserung zu erreichen. Dazu gehört zunächst, dass wir technologieoffen sind und alle Erzeugungsarten zulassen. Eine zentrale Rolle werden dabei ohne Frage die Erneuerbaren Energien spielen. Hier müssen wir weiter dranbleiben und die im internationalen Vergleich hohe Ausbaugeschwindigkeit der letzten 20 Jahre fortsetzen.

Wir dürfen dabei aber nicht den Fehler der letzten Regierung machen, dass der Ausbau weiter beschleunigt wird, ohne dass der Netzausbau oder die Installation von Speichern damit Schritt halten können. Denn passiert dies nicht, werden die Tage, an denen wir das Ausland dafür zahlen, dass sie unseren Strom abnehmen (Stichwort: negative Börsenpreise), weiter zunehmen. Ein energie- und wettbewerbspolitischer Irrsinn! Wir müssen zudem massiv in Geothermie investieren und mehr Biogas zulassen. Auch bei der zivilen Nutzung der Kernenergie müssen wir für Weiterentwicklungen offen sein. Die Nachrichten aus diesem Bereich sind mit Blick auf die sogenannten kleinen modularen Reaktoren (SMRs/AMRs) ermutigend; gleiches gilt für die Kernfusion.

Mehr Gas aus den USA

Bis es allerdings so weit ist, werden wir den steigenden Energiebedarf der kommenden Jahre auch mit Gas decken müssen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf den Bau von rund 35 neuen Gaskraftwerken verständigt haben (20 Gigawatt). Um diese zu befeuern, sollten wir auch die Möglichkeit nutzen, mehr Gas aus den USA zu importieren. Im Juni war ich in Washington und es war ermutigend zu hören, dass die USA große Reserven für den Export haben. Zudem fördert die Trump-Administration den Export von Gas an Partnerländer explizit. Natürlich müssen wir auch hier im Blick behalten, dass keine neuen einseitigen Abhängigkeiten entstehen. Wir müssen aber Sorge dafür tragen, dass unsere Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Und dazu gehört ganz sicher auch ein ausreichendes Angebot an Energie. Um unseren Wohlstand zu erhalten, braucht es sichere, saubere und vor allem auch bezahlbare Energie. An der hierfür erforderlichen energiepolitischen Wende arbeitet die neue, unionsgeführte Bundesregierung mit großem Nachdruck.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie hier.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.06.2025